

Thailands Gewerkschaften gestern und heute

Autor(en): **Wehmhoerner, Arnold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **70 (1978)**

Heft 1

PDF erstellt am: **15.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354883>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Thailands Gewerkschaften gestern und heute

Arnold Wehmhoerner

Der Aufbau der thailändischen Gewerkschaften ist wie in vielen anderen Ländern der dritten Welt mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Arbeitslosigkeit, mangelndes Verständnis der Oberschicht gegenüber Arbeitsproblemen und der Gegensatz zwischen Stadt und Land stellen die Gewerkschaften vor fast unüberwindliche Probleme. Drei Faktoren haben der thailändischen Gewerkschaftsbewegung ihren besonderen Charakter als «Late-Comer» gegeben:

- Die Tatsache, dass Thailand nie unter kolonialer Herrschaft stand, hat sich für die Gewerkschaften nachteilig ausgewirkt. Während bereits 1920 in den britischen Kolonien Arbeitnehmerorganisationen gefördert wurden, verhinderte in Thailand die herrschende Klasse unter Berufung auf die Unabhängigkeit des Landes und die damit verbundenen besonderen thailändischen Eigenarten eine solche Entwicklung. Die führende Klasse denkt heute noch vielfach ebenso.
- Paternalistische Verhältnisse dominieren auch heute noch in Thailand und engen den gewerkschaftlichen Spielraum ein:
 - a) Tarifverhandlungen werden kulturell nicht akzeptiert, da der «Vater» nicht mit seinen «Kindern» verhandelt. (Das Wort Angestellter in Thailand bedeutet wörtlich «Kind-Angestellt»). Verhandlungen werden hinter der Szene geführt, oft mit Vermittlung des Arbeitsamtes. Der Arbeitgeber ist der «Herr», der Angestellte der «Diener», der zu loyalem Gehorsam verpflichtet ist. Das ist wichtiger als sein Können oder die Produktivität seiner Arbeit. Deshalb entschuldigen sich auch heute noch manche Arbeiter bei ihren Arbeitgebern, wenn sie gestreikt haben.
 - b) Die Thais folgen lieber einer Person als einem Prinzip. Entscheidend sind die «Führer» und nicht die Programme. Eine Zersplitterung des politischen Parteiensystems ist die Folge. Das gleiche gilt für die Gewerkschaftsbewegung, die aufgrund persönlicher Differenzen in einzelne Gruppen zerfällt. Gewerkschaften werden oft nicht nach ihrem richtigen Namen benannt, sondern man spricht von «Mister-X-Gewerkschaft» oder «Mister-Y-Gewerkschaft».
- Bis zum Zweiten Weltkrieg machten sich Urbanisierung und Industrialisierung kaum bemerkbar. Die Situation auf dem Lande war so gut, dass Arbeiter für die entstehenden Manufakturen nicht zu bekommen waren. Deshalb liessen sich viele Chinesen in Thailand nieder, um die Nachfrage nach nichtländlichen Arbeitskräften zu befriedigen. Der ganze industrielle Sektor wie der Handel werden noch heute von Chinesen beherrscht. Die Bildung von rein

thailändischen Gewerkschaften war deshalb erst nach dem Zweiten Weltkrieg möglich, da die herrschenden Thais in keinem Fall rein chinesische Organisationen auf diesem Gebiet geduldet hätten.

Die Anfänge der thailändischen Gewerkschaftsbewegung, die mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einsetzten, wurden abrupt durch den Coup d'Etat 1958 beendet. In dieser Periode unterstützten politische Gruppen die Gewerkschaften, um sich Wahlstimmen zu sichern. Nach unbestätigten Angaben kamen nur ein Viertel der gewerkschaftlichen Finanzmittel von den Mitgliedern selbst, der Rest setzte sich aus Beiträgen von Politikern oder interessierten Gruppen zusammen.

1947 wurde die CLU (Central Labour Union) gegründet, die nach eigenen Angaben über 80 000 Mitglieder zählte. Diese Zentrale war kommunistisch orientiert und trat 1949 dem Weltgewerkschaftsbund bei. 1952, also bereits vor dem Staatsstreich, wurde sie im Zusammenhang mit generellen Massnahmen gegen den Kommunismus verboten.

1948 wurde der Thai National Trade Union Congress (TNTUC), angeblich mit starker Unterstützung der Regierung, als Gegengewicht zur CLU gegründet. Der TNTUC trat 1950 dem IBFG bei und vertrat Thailand auch auf Internationalen Arbeitskonferenzen in Genf. Dieser Verband soll über 70 000 Mitglieder verfügt haben.

Ein weiterer Gewerkschaftsbund war die 1954 gegründete Free Workers Association of Thailand (FWAT), die hauptsächlich die chinesischen Arbeiter zu organisieren suchte. Angeblich waren die Führer dieser Organisation Strohmänner des Polizeidepartements zur besseren Kontrolle der chinesischen Arbeiter.

1956 wurde das erste thailändische Arbeitsgesetz verabschiedet, das alle Beschränkungen für das Entstehen von Gewerkschaften beseitigte und Tarifverhandlungen gestattete. Diese für die Gewerkschaften günstige Periode endete, wie bereits erwähnt, im Oktober 1958, als General Sarit diktatorisch die Macht übernahm. Alle Gewerkschaften und politischen Parteien wurden aufgelöst. Die Gewerkschaftsführer wurden, wenn sie nicht vorher geflohen waren, verhaftet. (Viele wurden erst 1963 nach Sarits Tod wieder freigelassen). Die nächste Periode ist durch Stagnation gekennzeichnet. Von 1958 bis 1973 wurde Thailand von Sarit Thanarat und Thanon Kittikachorn regiert, die an einer Förderung von Gewerkschaften nicht interessiert waren, so dass die Entwicklung stagnierte. Am Vorabend des Sturzes des Thanom-Regimes gab es daher nur etwa 20 gewerkschaftsähnliche Organisationen, die aber kaum über mehr als 7000 Mitglieder verfügten. Angesichts der vielen wilden Streiks in den frühen sechziger Jahren und unter dem Druck von aussen – insbesondere bei den Internationalen Arbeitskonferenzen – wurden

zwar allmählich einzelne Teile des alten Arbeitsgesetzes von 1956 wieder hergestellt, jedoch handelte es sich dabei nur um Vorschriften zur Verhinderung von Streiks und zur Entlastung des Arbeitsdepartements, das durch zahlreiche Schlichtungsverhandlungen überfordert war. Erst 1972 mit dem Dekret Nr. 103 erlaubte das Regime wieder die Organisierung von Arbeitern unter bestimmten Einschränkungen. Zum Beispiel durften sich Gewerkschaften nicht mit Parallelorganisationen aus anderen Provinzen vereinigen; ebenso durften sich mehrere Gewerkschaften nur dann zu einer Organisation zusammenschliessen, wenn sie alle zum gleichen industriellen Typ gehörten. Internationale Verbindungen wie die Annahme von finanzieller Hilfe von ausserhalb waren verboten.

Nach dem Sturz des Regimes liberalisierte sich die politische Lage in Thailand. Die Arbeitnehmer fühlten sich nicht mehr so stark unter staatlichem Druck und wagten Arbeitskämpfe. Die Zahl der Streiks erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1973, ging dann 1974 bis 1975 im allgemeinen wieder zurück, doch kam es 1974 zu spektakulären Hotel-Streiks. Trotz der Versuche der Arbeitgeber, die neu entstehenden Gewerkschaften durch Aussperrungen und Unnachgiebigkeit zu entmutigen, stieg die Zahl der Gewerkschaften ständig. Das Übergangskabinett Sanya Dhammsakdi trug der neuen Situation Rechnung durch die Bildung eines Komitees, das – bestehend aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierungsvertretern – ein neues Arbeitsgesetz ausarbeiten sollte. Dieses Gesetz vom Frühjahr 1975 hob alle Restriktionen auf, die bisher der Bildung von Gewerkschaften im Wege standen. Insbesondere wurden die Verfahren für Tarifverhandlungen und Streiks vereinfacht.

Damit waren die praktischen und legalen Grundlagen für die Entwicklung von Gewerkschaften gelegt, deren Zahl in der Tat schnell anstieg. Bereits Ende 1976 existieren 184 Gewerkschaften. Ihre Organisationsstruktur geht jedoch nur selten über den Einzelbetrieb hinaus, und ihre durchschnittliche Mitgliederzahl liegt schätzungsweise unter 500. Offensichtlich sind die Gewerkschaften in ihrer Mehrzahl damit zu schwach, um als aktives Gegengewicht zu den Unternehmern zu wirken. Ihre Schwäche wird noch deutlicher, wenn man ihre Situation im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet. Nach Angaben des Arbeitsministeriums gehören von einer Gesamtbevölkerung von 42,6 Millionen rund 19 Millionen zur Kategorie abhängig Beschäftigte. Davon sind 14,5 Millionen dem landwirtschaftlichen Sektor zuzurechnen, und 3,9 Millionen anderen Sektoren. Das bedeutet, dass nur 3 Prozent der Beschäftigten des nicht-landwirtschaftlichen Sektors in Gewerkschaften organisiert sind.

Der grösste Teil der 3,9 Millionen nicht-landwirtschaftlichen Beschäftigten arbeitet in Klein- und Kleinstbetrieben, in denen eine gewerkschaftliche Organisierung nicht möglich ist. Gerade dort

aber wäre sie am notwendigsten, da Arbeitsbedingungen und Lohn ganz von der Willkür des Kleinunternehmers abhängen. Nicht einmal die wichtigsten Bestimmungen des Arbeitsgesetzes werden eingehalten. Andererseits sollte man die Stärke der thailändischen Gewerkschaftsbewegung auch nicht unterschätzen. Der Grad der Organisation in einigen Betrieben liegt oft über 50 Prozent; ausserdem sind die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor sehr stark (Wasser, Elektrizität, Telephon, Eisenbahn), so dass Streiks in diesem Bereich ein starkes Druckmittel darstellen.

Um die Gewerkschaftsbewegung zu stärken, wäre es notwendig, die Zahl der Gewerkschaften durch Zusammenschlüsse zu reduzieren. Das ist bisher nur bei den Öl- und Chemiearbeitern gelungen. Nach verschiedenen Bemühungen kam es jedoch im Sommer 1976 zur Bildung eines Dachverbandes: «Labour Council of Thailand».

Am 6. Oktober 1976 stürzte das Militär die gewählte Regierung unter der Leitung von Seni Pramoj und beauftragte den ehemaligen Gerichtspräsidenten Thanin Kraivichien mit der Regierungsbildung. Noch bevor ein neues ziviles Kabinett ernannt wurde, verkündete die Junta sogenannte «Orders» und «Announcements», die auch heute noch rechtliche Grundlage sind. Danach bleiben die bestehenden Arbeitsgesetze in Kraft, und damit ist auch die Existenz von Gewerkschaften oder Unternehmervertretungsorganen legal. Gleichzeitig werden jedoch alle Arbeitnehmerschutzorganisationen, die nicht im Einklang mit dem bestehenden Labour Relations Act (Gesetz über Arbeits- und Sozialbeziehungen) gegründet wurden, aufgefordert, sich aufzulösen. Dies zielt auf die Existenz des Labour Council of Thailand (LCT), der bisher nicht versucht hatte, sich offiziell beim Labour Department zu registrieren, wie es vom Labour Relations Act vorgeschrieben wird.

Nach dem politischen Umsturz 1958 wurden alle Gewerkschaften verboten. Deshalb wurde die Ankündigung der Junta, dass Gewerkschaften erlaubt seien, mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen, obgleich das Streikrecht aufgehoben wurde. Es kann jedoch nicht übersehen werden, dass mit Hilfe des neuen Antikommunistengesetzes die Freiheit der Gewerkschaften erheblich eingeschränkt wird. Mehr als fünf Personen dürfen sich nicht zu politischen Zwecken zusammenfinden. Auf Anfrage von Gewerkschaften wurde von Regierungsseite festgestellt, dass Gewerkschaftszusammenkünfte, einschliesslich Sitzungen der Vorstände, einer Erlaubnis des Arbeitsministeriums und der zuständigen lokalen Polizeibehörde bedürfen. Das bedeutet, dass im allgemeinen die Gewerkschaften von dem guten Willen des lokalen Polizeioffiziers abhängig sind.

Wie in der thailändischen Bürokratie üblich, war der Regierungswechsel mit der Gründung von verschiedenen Komitees verbunden. Die Junta hat zwei «dreigliedrige» Komitees vorgesehen, die sich mit Arbeitsproblemen beschäftigen sollen. In Order Nr. 20 wird ein

Komitee für «das Studium von Arbeitsproblemen» gegründet und in Order Nr. 47 ein Advisory Council (Beratungsausschuss) für «Development of National Labour». Die Aufgaben des Advisory Councils schliessen unter anderem auch die Koordination der Hilfe von internen und externen Organisationen, Stiftungen und anderen Institutionen ein, die sich mit Arbeitnehmerbildung und Ausbildung beschäftigen.

Interessant ist Order Nr. 46, die sich mit nationalen Organisationen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite beschäftigt. In diesem Befehl werden die entsprechenden Sektionen 190, 120 und 157 des Labour Relations Act neu formuliert. Durch die Änderungen wird festgelegt, dass ein nationaler Dachverband der Gewerkschaften zumindest 15 Mitgliedsgewerkschaften haben müsse.

Obgleich die legalen Grundlagen recht vielversprechend aussehen, ist die Realität anders. Die von der Junta vorgesehenen Labour-Komitees sind sechs Monate nach dem Machtwechsel noch nicht ernannt. Dafür hat die Regierung eine Arbeitsgruppe des von Unternehmern beherrschten «Board of Investment» (Investitions-Rat) damit beauftragt, die gegenwärtigen Arbeitsgesetze zu überprüfen. Die Vorschläge dieser Gruppe, die ohne Absprache mit den Arbeitnehmervertretern ausgearbeitet wurden, sind bereits an die ernannte «National Assembly» weitergegeben worden. Ein Seminar, auf dem die Gewerkschaftsseite Gegenvorschläge ausarbeiten wollte, wurde polizeilich verboten. Die Vorschläge des «Board of Investment» laufen auf eine vollständige Entmachtung der Gewerkschaften hinaus: Unter anderem werden Kündigungsschutz aufgehoben, Zusammenschlüsse verboten und die Bildung von Gewerkschaften erschwert. Sollten diese Vorschläge Gesetz werden, würde das eine Rückkehr zum restriktiven Arbeitsgesetz von 1972 bedeuten.

Die bisherige Einschränkung der Gewerkschaftsrechte und das politische Klima im allgemeinen hemmen die Arbeit der Gewerkschaften. So können viele Gewerkschaften, insbesondere die aus dem staatlichen Sektor, Versammlungen nicht einberufen. Zum Teil werden Anträge von den lokalen Polizeibehörden rundweg mit dem Hinweis abgelehnt, Gewerkschaften seien kommunistische Organisationen. Die Unternehmerseite nutzt diese Situation aus, indem alte Tarifverträge zum Teil nicht eingehalten und neue nicht abgeschlossen werden. Dies führt dazu, dass die Beschwerdefälle, die zum Arbeitsministerium gebracht werden, in der letzten Zeit stark angestiegen sind. Das Arbeitsministerium ist jedoch nicht in der Lage, den Arbeitnehmern einen ausreichenden Schutz zu gewähren, da es seine Entscheidungen nicht durchsetzen kann.

Nach dem Coup d'Etat wurden über 20 Gewerkschaftsmitglieder verhaftet, von denen ein Teil wieder entlassen wurde. Sie kommen von verschiedenen Gewerkschaften und werden ohne Gerichtsurteil festgehalten. Meistens wird ihnen bedeutet, dass die Untersu-

chungen noch nicht abgeschlossen seien und dass sie festgehalten werden, da sie «dangerous to the society» (für die Gesellschaft gefährlich) seien. Die Gefangenen sind in verschiedenen Lagern untergebracht und, soweit bekannt ist, sind die Lebensbedingungen den Umständen entsprechend sehr gut, und es ist offensichtlich auch in keinem Fall zu Folterungen gekommen.

Ein Teil der verhafteten Gewerkschafter sieht offensichtlich die Gewerkschaften nicht nur als Organisationen an, die den Arbeitnehmern höhere Löhne verschaffen (Brot-und-Butter-Gewerkschaft), sondern verbindet gewerkschaftliche Arbeit mit der festen Vorstellung, dass Gewerkschaften auch dazu beitragen müssen, die gesellschaftlichen Strukturen in einer Weise zu verändern, die Gerechtigkeit auf Dauer garantiert und nicht bloss von einem Streik zum anderen.

Dass die neue Regierung gewillt ist, weiterhin Verhaftungen zur Unterdrückung von berechtigten Arbeitnehmerinteressen einzusetzen, wurde im Januar 1977 deutlich, als über 15 Arbeitnehmer verhaftet wurden, die spontan ihre Arbeit niedergelegt hatten, als ihre Schichtzeit ohne Lohnausgleich um eine halbe Stunde verlängert wurde.

Nach dem Machtwechsel wurde ein neuer Gewerkschaftsdachverband gegründet, der die Unterstützung der neuen Regierung zu haben scheint, da der Vorsitzende dieses neuen Verbandes in die «National Assembly» als einziger Gewerkschafter ernannt wurde. Da er jedoch bei den nächsten Vorstandswahlen seiner eigenen Gewerkschaft sehr schlecht abschnitt, trat er freiwillig zurück und ist damit ohne Basis.

Damit existieren zurzeit auf nationaler Ebene drei Gruppierungen, die alle keinen legalen Charakter haben: Mitglieder des früheren LCT (Labour Council of Thailand), der von den Gewerkschaften aus dem öffentlichen Sektor dominiert wird, Mitglieder des früheren NLC (National Labour Council), und der neue regierungsunterstützte Dachverband. Alle Verbände sind noch nicht legal registriert, und nur der LCT hat zurzeit die Chance, die Minimumzahl von 15 Gewerkschaften auf seine Seite zu bringen. Falls von Regierungsseite keine weiteren Einschränkungen kommen, besteht trotz erschwelter Bedingungen weiterhin die Möglichkeit einer Einigung auf nationaler Ebene.

Die Reaktion der Gewerkschafter auf den Coup d'Etat kann nur im Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres 1958 gesehen werden, als Gewerkschaften verboten und viele Gewerkschaftsführer verhaftet wurden. Die meisten Gewerkschaftsführer versteckten sich deshalb nach dem Coup d'Etat und erschienen erst wieder bei ihren Gewerkschaften, nachdem die Junta angekündigt hatte, dass Gewerkschaften weiterhin legale Organisationen seien. Es bestand deshalb am Anfang eine abwartende, aber doch optimistische Ein-

stellung unter den Gewerkschaftern. Erst als deutlich wurde, dass die neue Regierung Gewerkschaftsversammlungen nur in *kleinem Umfang* zulässt (die Gewerkschaft der staatlichen Elektrizitätswerke wartet seit Monaten auf die Genehmigung für ihre Jahresversammlung) und die Gewerkschaftsseite bei der Abfassung eines neuen Arbeitsgesetzes übergehen will, wurde ihre Reaktion heftiger. Angesichts dieser Gewerkschaftszukunft ohne Rechte entschlossen sich viele zu protestieren und die abwartende Haltung aufzugeben. Der ehemalige Präsident des LCT, Paisal Thawatchainun, schrieb einen Brief an den Premierminister, der für thailändische Verhältnisse sehr deutlich ist. Daraufhin scheint die Regierungsseite ihre Position zu überdenken.

Die neue thailändische Regierung wird entscheiden müssen, ob sie Gewerkschaften will oder nicht. Ihre bisherige Politik, Gewerkschaftsaktivitäten trotz bestehendem Arbeitsgesetz, das eigentlich ihre Legalität garantiert, mit Hilfe des Antikommunistengesetzes zu unterbinden, ist faktisch ein Verbot von Gewerkschaften. Es scheint, als ob die neue Regierung zu sehr unter dem Druck der Unternehmer steht, die immer noch die These vertreten, dass ein gutes Investitionsklima durch Ausschaltung der Gewerkschaften gewonnen werden könne.

Im Hinblick auf Thailands politische Situation wäre es zu bedauern, wenn die guten Anfänge einer Zusammenarbeit zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die sich bis zum 6. Oktober 1976 entwickelt hatte, auf diese Weise zerstört würden. Dies würde nicht nur dazu beitragen, die Unabhängigkeit und Freiheit einer einzelnen Gruppe zu zerstören, sondern letztlich auch die Freiheit und Unabhängigkeit der ganzen thailändischen Nation.